

Die DMB-Bürokratie für Pomag-Streitabbruch!

Zu Verhandlungen bereit!

In einer Streikerversammlung der Pomag-Arbeiter berichtete Kreischmar vom DMB über ein Schreiben, das vom Oberbürgermeister Schumann eingegangen ist und das den Vorschlag enthält, ein unparteiisches Schiedsgericht zur Beilegung des Kampfes in Pomag einzuberufen. Mit großen Worten erklärte Kreischmar, daß diese Verhandlungen unverbündlich sein sollten. Er selbst hätte noch nicht offiziell zugestimmt, denn er wollte erst die Meinung der Verammlung hören. Oberbürgermeister Schumann will selbst den „unparteiischen“ Vorsitzenden spielen. Im Interesse der öffentlichen Meinung hält es der DMB für notwendig, daß verhandelt wird, das bedeutet aber nicht eine Einmündung über den gefällten Schiedspruch. Genosse Eichenhorn sprach in sehr scharfer Weise dagegen.

Die Ausführungen Kreischmars bestärkten das vor einiger Zeit durch den DMB herausgegebene Rundschreiben, in dem den Streikenden die Anweisung gegeben wird, sich bei einem Schnabbau, der tragbar erscheint, nicht so hochbeinig zu stellen, weil die wirtschaftliche Lage der Industrie es erfordert.

Für die jetzigen Verhandlungen ist überhaupt keine Grundlage vorhanden, weil man lediglich über den Abbau der Löhne sprechen kann. Die Opposition hat eine Reihe von Forderungen auf Lohnerhöhung aufgestellt. Diese Forderungen würden eine tragbare Verhandlungsgrundlage sein. Es darf auf keinen Fall verhandelt werden, wenn der Lohnabbau nicht zurückgezogen wird.

Genosse Mittag warnte ebenfalls die Kollegen und schilderte die Situation des Streikes. Dieser Streik sei kein lokaler Streik, wie es die Reformisten gern sehen möchten, sondern sei ein Versuch der Metallindustriellen auf die Lebenshaltung der sächsischen Metallarbeiter. Die Verhandlungsbürokratie hätte schon längst die Kampffront erweitern müssen. Hier handelt es sich nicht um die Angelegenheit der Metallarbeiter, sondern der gesamten Produktionskraft. Zum Schluß forderte Genosse M. auf, sich nicht durch Verhandlungen vom Kampf abhalten zu lassen, sondern sich auf die schwachen Stellen des Unternehmertums vorzusetzen. Er verlas dann nachstehende:

Erklärung der KGD:

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition erachtet als unerlässliche Voraussetzung für die heftige Abwehr des Lohnabbauangriffes der Pomag-Direktion folgende Maßnahmen für notwendig:

1. Wahl von Delegierten der Pomag-Belegschaft zum Landeskongress der KGD am 9. und 10. August in Dresden. Die Delegierten werden bevollmächtigt, auf der dortigen Industriegruppentagung und dem gemeinsamen Kongress folgende Kampfentscheidungen der Pomag-Belegschaft zu vertreten:
 - a) Organisierung von Belegschaftsversammlungen in den sächsischen Metallbetrieben und Betrieben anderer Produktionszweige, wo freilebende Pomag-Arbeiter sprechen;
 - b) Isolierte Organisierung der Wahlen für vorbereitende Kampfleitungen in allen Betrieben;
 - c) praktische Solidarität mit den streikenden Pomag-Arbeitern durch Aufnahme des Kampfes gegen die Lohnabbauoffensive der Unternehmer, für den Siedentag, Verteidigung und Erhöhung der Reallohn, Einreichung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess;
 - d) Organisierung der Unterstützungsfaktion für die kämpfenden Pomag-Arbeiter: einen Stundenlohn auf die Listen der KGD und IAB für die Pomag-Arbeiter;

- e) Annahme, Behätigung und Verbreitung eines besonderen Kampfspruches der Pomag-Belegschaft an alle Betriebe.
2. Maßnahmen zur Verbreiterung der Kampffront in Pflaun. Belegschaftsversammlungen in allen Betrieben, wo freilebende Pomag-Arbeiter sprechen. Wahl vorbereitender Kampfausschüsse. Gemeinsame Kampfdemonstrationen mit den Erwerbslosen und Betriebslosen. Organisierung des Kampfes der Pflauner Arbeiter gegen die Lohnabbauoffensive der Unternehmer. Für den Siedentag, Verteidigung und Erhöhung der Reallohn, Einreichung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess.
3. Einheitsfront aller Arbeiter. Neuwahl einer Kampfleitung durch die gesamte Belegschaft, die sich verpflichtet, die Kampfleistungen der Belegschaft durchzuführen. In der Kampfleitung müssen vertreten sein: organisierte und unorganisierte Kollegen, Lehrlinge und Frauen der Streikenden.
4. Schluß des Streikes. Die neue Kampfleitung wird beauftragt, sofortige Fühlung mit dem Erwerbslosenausschuß zu nehmen sowie Herstellung der Einheitsfront der Streikenden und der Erwerbslosen und Organisierung des gemeinsamen Streikschrittes von Streikenden und Erwerbslosen.
5. Verklingsfragen. Die Belegschaftsversammlung und die neue revolutionäre Kampfleitung verpflichten sich, die besonderen Forderungen der Verklings alle ihre eigenen Forderungen zu betrachten und sie mit allen Kräften zu unterstützen.

Kollegen! Noch ist es nicht zu spät. Aber jeder Tag und jede Stunde der Passivität schwächt unsere Kräfte, verurteilt uns zur Tatenlosigkeit und füllt die Kraft der Unternehmer, die in Pflaun einen Durchbruch versuchen.

Vorwärts zur proletarischen Offensive!

Kreischmar versuchte, die sächsischen Angriffe der oppositionellen Kollegen zu widerlegen. Er bittet dann weiter um die Vollmacht, daß er am Montag mit dem Unternehmer verhandeln kann. Er versicherte (wie er es schon so oft getan), daß die sicherste Garantie bei den Verhandlungen und keine Gefahr bestünde. Mit schwacher Mehrheit (weil sich der überwiegende Teil der Kollegen der Stimme enthielt) wurde die Zustimmung zum Schnabbau erteilt. Gen. Körner weist noch auf die 2. Lebensmittelovertierung der IAB hin.

Die KGD hat bereits zu Beginn des Streikes auf die Verhandlungsbürokratie der Verbandsbürokratie hingewiesen. Es ist keine Einzelerkenntnis, daß seitens der Reformisten versucht wird, den Streik abzumürgen. Kein denkender Arbeiter glaubt die Märchen von der Gefährlichkeit der Verhandlungen, sondern ist überzeugt, daß das Ergebnis zuungunsten der Metallarbeiter ausfallen muß. Die Verhandlungsbürokratie des DMB muß ein Signal sein für die gesamte Belegschaft Sachsens. Niemals darf eintreten, daß durch die Bürokraten des DMB der Streik, der erfolgreich angefangen wurde, auf schändliche Art abgedreht wird. Alle Metallarbeiter Sachsens müssen Stellung nehmen zu der KGD. In jedem Betrieb müssen vorbereitende Kampfausschüsse gewählt werden. Nur dann ist es möglich, den schändlichen Plan der Reformisten zu durchkreuzen und den sächsischen Angriff der sächsischen Metallindustriellen abzuwehren.

Polizeischuß für Lohndrücker

Oberlausitzer Webstuhlfabrik in Neugersdorf führt 15 prozentigen Lohnabbau durch / Der Metallarbeiterverband billigt den Lohnabbau / Sozialdemokraten als Lohndrücker

(Arbeiterkorrespondenz)

Nach kurzer Stilllegung hat die Firma Roscher (Oberlausitzer Webstuhlfabrik) in Neugersdorf am Montag ihren Betrieb wieder eröffnet. Den ehemaligen Betriebsangehörigen war durch Anschlag bekanntgegeben worden, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen könnten, wenn sie bereit wären, zu den neuen von der Firma festgesetzten Bedingungen zu arbeiten, das heißt, wenn sie sich mit einem Lohnabbau von 10 bis 15 Prozent einverstanden erklären. Zuzahl 50 Mann, darunter 40 Stamme SPD-Arbeiter, dem Deutschen Metallarbeiterverband angehörend, hatten den traurigen Mut, in den Betrieb zu gehen. Eine große Zahl Arbeiter und Erwerbslose standen vor dem Betrieb, um

diele an der Arbeiterschaft Verrat übergenden Elemente kennen zu lernen und sie auf ihr Verhalten aufmerksam zu machen. Der Firma sagte dies jedoch nicht, und als am Abend die Arbeiter und Erwerbslosen wieder vor dem Betrieb standen, ließ man Ueberfallkommandos ausharren zum Schutze der Lohndrücker. Die Arbeiter ließen sich dadurch nicht beirren und erschienen am folgenden Dienstag wieder vor dem Betriebe. Dieser Vorgang ist wiederum ein Beweis dafür, daß die Unternehmer die Betriebsstilllegungen nur zu dem Zweck durchzuführen, um die Löhne der Arbeiter zu drücken und verschärfte Nationalkürzungsmethoden einzuführen. Obwohl das den Behörden bekannt ist, geben sie die Zustimmung zu Betriebsstilllegungen, während auf der anderen Seite die reformistischen Gewerkschaftsbezirke auch nicht das geringste zum Schutze der Arbeiter tun. Hier hilft nur die KGD, und es ist dringend notwendig, daß die Arbeiter in jedem Betriebe eine Betriebsgruppe der KGD schaffen und den Kampf gegen Lohnraub aufnehmen. (1807)

Nicht zögern —

Genossinnen und Genossen — opfert einige Stunden zur Werbung für eure Presse. Meldet eure Bereitschaft noch heute der Zellenleitung!

Sie braucht euch!

Jungarbeiter, rechnet ab am 14. September!

Die Sozialdemokratie für Arbeitsdienstpflcht!

Bremer Volkszeitung fordert Arbeitsarmee unter Führung der Gewerkschaften

Berlin, 13. August.

Tag auch die Sozialdemokratie die Arbeitsdienstpflcht fordert, so ist aus folgenden Zeilen der Bremer Volkszeitung hervorzuheben. Das Organ der SPD und der freien Gewerkschaften schreibt dem Voranschlag der Wirtschaftspartei am 11. Juli folgendes:

„Es wäre sehr schön, wenn man den Arbeitsmarkt durch eine Heerzuzugnahme der jugendlichen Arbeitskräfte für arbeitsdienstmäßige Arbeit entspannen könnte. Es würde auch nichts schaden, wenn man dem schäumenden Kraftgefühl, das sich Tag für Tag und Nacht für Nacht in den Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ausprägt, fruchtbringende Betätigungsmöglichkeiten bieten könnte (!!). Aber mit diesen Wünschen, die gewiß neun Zehntel der deutschen Bevölkerung teilen, ist noch gar nichts getan. Ganz so einfach, wie sich die Herren Wirtschaftsparteiler die Dinge zurechtlegen, liegt ein Arbeitsdienstmäßiges Problem denn doch nicht. Auch das neue Arbeitsdienstmäßige kostet Geld. Das erste Ziel müßte sein, daß sich diese Arbeitsarmee zunächst einmal selbst ernährt und versorgt. Hierfür wären aber genaue Berechnungen notwendig. Noch schwieriger ist die Lösung der Führerfrage. Eine deutsche Arbeitsarmee ist, wenn sie möglich ist, nur möglich unter Führung der Gewerkschaften.“

Die SPD spricht sich hier ausdrücklich für die Einführung der Arbeitsdienstpflcht aus. Sie will nur die Führerfrage selbst stellen. Die deutsche Arbeitsarmee mit 40 T. Tagelohn, unter Führung der Gewerkschaftsbürokratie, das ist das Ideal der SPD!

Vertrauensarzt verschuldet den Tod einer Postangestelltenfrau!

Die Arbeit des Postvertrauensarztes Dr. Wisch.

Dresden-N. 1, Wettinerstraße

(Arbeiterkorrespondenz)

Eine Frau im Alter von 33 Jahren kam zu dem Betriebsvertrauensarzt Dr. Wisch, Wettinerstraße, zwecks Untersuchung, da sie heftige Schmerzen in der Leistengegend hatte. Auf ihrer Arbeitsstelle war sie 3 Stufen heruntergefallen. Als sie dem Arzt ihre Beschwerden mitteilte, wurde sie gefragt, ob sie etwa keine Kinder haben wolle. Die Kranke überhörte absichtlich diese „wackende“ Frage und erhielt nach oberflächlicher Untersuchung eine Spülkanne verschrieben (Sorgador). Im übrigen ließ sie gesund, erklärte Dr. Wisch. Darauf geht ihr Mann mit ihr zum Arzt und sagt, daß seine Frau doch heftige Schmerzen

habe. Aber Dr. Wisch konnte ein Krankheitsbild nicht „verantworten“. Die Frau geht nach Hause und ist der Meinung, es würde schon besser werden. Doch, leider nicht. Um ihre Stelle nicht zu verlieren verlor sie trotzdem, zu arbeiten. Aber es ging wirklich nicht.

Kam ging sie zu einem Arzt auf der Schießgasse und wurde von diesem sofort krank geschrieben. Nach 2 Tagen mußte sie in die Klinik übergeführt werden und nach 14 Tagen war sie auf dem Friedhof. Der Ehemann der Verstorbenen geht nun nach dem Tode seiner Frau zu Dr. Wisch und macht ihm wegen seines Verhaltens die größten Vorwürfe. Die Antwort war, daß das der Doktor machen könnte, wie er wollte.

Proletariat! Erkennt ihr, daß ihr in den Augen solcher Ärzte nur noch Objekte seid, die eben nicht arbeiten und keine Kinder haben wollen!

„Die Bourgeoisie hat nicht nur den Richter, sondern auch den Arzt zu ihren bezahlten Lohnsklaven gemacht“, jagte Carl Moore.

Ein Unternehmer bietet dem Lehrling Prügel an

(Arbeiterkorrespondenz)

Der Deutschnationale Wincke, Mitbesitzer der Autogarage Pohl & Wincke, Dresden-Striepen, Augustburger Str. 12, verleiht mit seinem Lehrling und dem Hausbewohnern in einem Sandherdenton umzufragen. Kürzlich war der Lehrling dieses Wincke mit dem Abwaschen des Privatautos beschäftigt. Herr Wincke kam dazu und schmeißte den Lehrling an:

„Willst du nicht so viel Wasser vermanischen, du Schwein. Ich habe dir gleich ein paar in die Fresse, du sauler Hund.“

Solche Worte kann man jeden Tag hören.

Ein Mitbewohner des Hauses beschwerte sich über diese feige Behandlung des Lehrlings, worauf ihm Wincke zur Antwort gab:

„Halt deine Fresse, du Hündchen!“

Die Bewohner des Hinterhauses erklärten diesem „von Bildung kriegenden“ Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, daß sie diesen Vorfalle der Arbeiterschaft berichten würden, worauf dieser Hugenbergmann antwortete:

„Da greif ich mir deswegen nicht an den Krüch!“

Diese Lehrlingshinder preisen sich jetzt als die „Retter“ Deutschlands. Leider hat ein großer Teil der Arbeiter und der Lehrlinge immer noch nicht seine Aufgabe erkannt. Die Pflicht der Lehrlinge ist es, sich dem kommunistischen Jugendverband anzuschließen und mit den übrigen Klassenossen gegen derartige Elemente zu kämpfen. (1813)

DMB-Bezirksleiter kommt zur SPD

Der Bezirksleiter vom Deutschen Landarbeiterverband, Kollege Woid, der 1800 Landarbeiter in seinem sächsischen Bezirk 3 organisiert hat, ist zur SPD übergetreten. In einer am 7. August in Bunzlau abgehaltenen Versammlung der SPD sprach nach dem Referat des Genossen Wollweber der Genosse Woid und dankte unerschrocken den Verrat der Jungen vom DMB auf. Mit Absicht wandte er sich von der Partei des Arbeitervereins, der SPD, und zerrig unter tosendem Beifall der Arbeiter sein SPD-Mitgliedsbuch. Dieser Schritt des Kollegen Woid ist ein Zeichen, daß die Landarbeiter erwachen. Alle Kollegen müssen sich der SPD anschließen und in Massen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition führen.

Unternehmerfreiheit

(Arbeiterkorrespondenz)

Bei dem Viehhändler Max Kiesel, Dresden-N., Müller-Bejel-Str. 20, war seit dem 3. Januar 1925 ein Gehilfe beschäftigt. Dieser wurde am 31. Juli entlassen. Auf der Bezeichnung des Unternehmers an das Arbeitsamt wird als Entlassungsgrund wörtlich angegeben:

„Seit seiner Verheiratung nicht mehr zu gebrauchen (wah in der 8ten Stunde lassen aus dem Bett holen seinen Pflichten in der Stellung nicht mehr nachkommen Wenn ich Sonntag's nachmittags im Stall kam machte ich selbst die Ruhe füttern.“

Seit dem 15. Mai 1925 ist der Betreffende verheiratet, und es steht fest, daß er seinen Dienst genau so ausgeführt hat wie früher. Der wahre Grund der Entlassung ist, daß die Frau des Gehilfen hart mit der revolutionären Bewegung sympathisiert, was dem Viehhändler zu Ohren kam. Am 31. 7. erfolgte die Entlassung. Trotz mehrmaligem Drängen weigerte sich der Viehhändler, die Arbeitsbefreiung herauszugeben, und erst am 10. August bequeme er sich dazu. In der Arbeitsentlassungsbefreiung läßt aber der Viehhändler noch eine Urkundenfälschung oder Betrug aus. Der Wochenlohn des Gehilfen betrug 40 Mark. Als Monatsverdienst in der Entlassung sind 120 Mark angegeben, also 30 Mark zu wenig. Sehr wahrscheinlich hat der Viehhändler, um die Versicherungsbeiträge zu sparen, den Betreffenden auch nur zu 120 Mark angemeldet. Die Folge ist, daß der Gehilfe jetzt um einen beträchtlichen Teil seiner Arbeitslosenunterstützung getrennt wird. Das Arbeitsamt Dresden hat mit der Begründung, daß die Entlassung durch eigenes Verschulden erfolgt sei, dem Gehilfen 6 Wochen die Unterstützung gesperrt, so daß der Betreffende vom Entlassungstag an gerechnet noch 8 1/2 Wochen zum erstenmal Unterstützung erhält. Das sind die Auswirkungen der Verschlechterungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes durch die Müller-, Wiffell- und Brüning-Regierung. Eine Lehre müssen die Gehilfen der landwirtschaftlichen Betriebe aus diesem Vorgang ziehen, und zwar die, sich den revolutionären Arbeitern anzuschließen und mit diesen um ihre Rechte kämpfen. Sowohl gegen den Entschluß des Arbeitsamtes wie gegen die Angaben des Entlassungsgrundes ist Beschwerde bzw. Klage erhoben, und es wird sich zeigen, daß trotz dieser skandalösen Vorgänge auch die angerufenen Instanzen im Sinne des Viehhändlers entscheiden. Was aber sagt der Staatsanwalt zu diesem Betrug, der jeden Tag durch die Schnelljustiz hungernde Arbeiter verurteilt, die sich eines kleinen Vergehens schuldig machen? (1782)

Wieviel hat euer Betrieb für den Wahlfonds gesammelt? Berichtet!